



Fotos: W. Reschke

INTERVIEW

„Die Mitte in Deutschland schrumpft“

Zukunftsminister Andreas Pinkwart setzt auf Kernenergieforschung

DS-Magazin: Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hat für die Fortsetzung der Großen Koalition nach der Bundestagswahl 2009 geworben. Seine Begründung: Es sei das Markenzeichen der schwarz-roten Regierung, sich gegen das „populistische Wunschkonzert“ an Ausgabewünschen zu behaupten. Einer Großen Koalition falle dieser Kurs leichter als anderen Koalitionen. Auch Angela Merkel wird nachgesagt, dass sie durchaus bereit sei, mit der komfortablen Mehrheit einer Großen Koalition weiter zu regieren. Muss sich die FDP auf lange Zeit mit den harten Oppositionsbänken anfreunden?

Andreas Pinkwart: Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung ist die Mittelschicht in Deutschland von 62 Prozent im Jahr 1998 auf nunmehr rund 54 Prozent geschrumpft. Diese Entwicklung zeigt überdeutlich, eine starke Mitte gibt es weder mit Rot-Grün noch mit Rot-Schwarz, sondern eine starke Mitte gibt es nur mit einer starken FDP. Insofern wird die FDP dringender denn je in der Regierungsverantwortung gebraucht. Neueste Umfragen belegen den wachsenden Zuspruch der Bürger zur FDP. Insofern habe ich nicht die Befürchtung, dass sich die FDP auf lange Zeit mit den harten Oppositionsbänken anfreunden muss.



„Für Arbeitnehmer bringt der Mindestlohn keine Vorteile.“ (Andreas Pinkwart)

DS-Magazin: Auch Handwerkspräsident Otto Kentzler befürwortet eine neue Auflage der Großen Koalition. Ihm sei eine stabile Große Koalition trotz mancher Durchhänger lieber als viele andere Alternativen, sagte Kentzler der Bild-Zeitung. Glauben Sie, dass Kentzler für die Mehrheit des Mittelstandes spricht?

Andreas Pinkwart: Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Aussage von Herrn Kentzler mit den inhaltlichen Forderungen des Handwerks substantiiert ist. Gerade das Handwerk stellt immer wieder die berechtigte Forderung an die Bundesregierung, die steuerliche Belastung für die Leistungsträger im Mittelstand zu reduzieren. Eine Forderung, die bei Peer Steinbrück auf taube Ohren stößt.

DS-Magazin: Das Bundeskabinett hat den Kompromiss über die Festlegung weiterer Branchen-Mindestlöhne gebilligt.

Danach können Mindestlohnverordnungen zeitlich befristet werden. Wirtschaftsminister Glos sieht dadurch die Tarifautonomie gewahrt. Dagegen befürchtet Arbeitgeberpräsident Hundt einen massiven Abbau von Arbeitsplätzen, sollten die Mindestlohnpläne umgesetzt werden. Wie bewerten Sie die Änderungen beim Entsendegesetz und beim Gesetz über die Mindestarbeitsbedingungen, nach denen branchenbezogene Mindestlöhne für allgemein verbindlich erklärt werden können?

Andreas Pinkwart: Wem nutzen eigentlich gesetzliche Mindestlöhne? Für die Arbeitnehmer bringen derartige staatliche Maßnahmen keine Vorteile, wie die Einführung des Mindestlohns bei den Post-

bediensteten überaus deutlich gezeigt hat. Eine Welle an Entlassungen war die Folge. Außerdem führen Mindestlöhne dazu, dass diejenigen, die wieder in den Arbeitsmarkt einsteigen wollen, vielfach keine Chance mehr erhalten werden. Aus diesem Grund fordert die FDP ein leistungsorientiertes Bürgergeld. Mit diesem Bürgergeld können wir den Menschen eine Brücke bauen. Zurzeit ist für viele Menschen der Arbeitsmarkt versperrt, weil der Markt überreguliert ist. Wir haben die Situation beim Arbeitslosengeld II, dass derjenige, der Arbeit aufnimmt, derartig belastet wird, dass ein Hinzuverdienst ihm netto weniger bringt, als wenn er in der Beschäftigungslosigkeit wäre und nebenbei noch „schwarz“ arbeitet. Nur ein innovativer Sozialstaat, der auf die Kräfte des Marktes vertraut, ist ein erfolgreicher Sozialstaat. Insofern bedaure ich, dass die politische Führung von

CDU und CSU nicht in der Lage ist, innovative Konzepte voranzutreiben. Stattdessen lässt man sich von der SPD in einer überaus populistischen Weise vor sich hertreiben – wie die Mindestlohndebatte deutlich macht. Außerdem darf ich daran erinnern, dass auch die Gewerkschaften anfänglich aus zwei Gründen gegen einen gesetzlichen Mindestlohn waren: Zum einen wollten die Gewerkschaften das hohe Gut der Tarifautonomie bewahren und zum zweiten – auch im Interesse der Mitglieder – den Blick auf höhere Tariflöhne wahren.

DS-Magazin: Die FDP fordert, den Mehrwertsteuersatz für Energie von 19 auf 7 Prozent zu senken. Befürchten Sie nicht, dass diese vermeintliche Entlastung sofort durch die Mineralölkonzerne benutzt wird, erneut an der Preisschraube zu drehen?

Andreas Pinkwart: Wir müssen die Überbesteuerung von Energiekosten zurückführen. Seinerzeit hatte der Staat deutlich niedrigere Energiepreise mit Sonderabgaben und Sondersteuern belegt, um aus ökologischen Gründen den Faktor Energieverbrauch zu begrenzen und um die Menschen zum Energiesparen zu motivieren. Fakt ist, auf diese Sondersteuern erhebt der Staat noch einmal Mehrwertsteuer und diese wurde durch

die Große Koalition – gegen alle Wahlversprechen – noch einmal um drei Prozentpunkte auf 19 Prozent angehoben. Dies alles – kumuliert mit den massiven Preiserhöhungen bei den Energierohstoffen – bedeutet: Der Staat verdient zweifach. Er verdient sowohl durch die gestiegenen Rohstoffpreise an der Mineralöl- beziehungsweise Ökosteuer als auch an der Erhöhung der Mehrwertsteuer, die er auf diese Steuern erhebt. Die FDP will dieser Überbesteuerung durch eine Halbierung des Mehrwertsteuersatzes entgegenwirken. Würde die Rücknahme der steuerlichen Belastung eins zu eins vom Markt durch Preiserhöhungen wieder ausgeglichen, dann müssten wir von einem Kartell sprechen. Die Bundesregierung müsste sich allerdings dann vorhalten lassen, dass sie ihre ordnungspolitischen Aufgaben nicht erledigt hat. ▶

DS-Magazin: Die Teuerungswelle bei den Energiekosten frisst so gut wie alle Lohnerhöhungen komplett auf. Braucht Deutschland neue Atomkraftwerke, damit Energie auch künftig bezahlbar bleibt?

Andreas Pinkwart: Seit Jahren setze ich mich dafür ein, die vorhandenen Kernkraftwerke entsprechend ihrer technischen und betriebswirtschaftlichen Nutzungsdauer zu betreiben. Gleichzeitig plädiere ich dafür, die Kernenergieforschung weiter voranzutreiben, vor allem in den Bereichen Sicherheit und Entsorgung. Wir müssen unseren Blick auch in der Forschung auf die vierte Generation neuer Kraftwerke richten – unabhängig von der Frage, ob wir die Reaktoren in Deutschland bauen oder nicht. Es ist vor allem deshalb notwendig, an dieser Weiterentwicklung Teil zu haben, damit wir die vorhandenen Kraftwerke immer auf dem neuesten Stand halten können. Die Kernenergie, von der heute nach wie vor jede dritte Kilowattstunde in Deutschland abhängig ist, ist nicht nur eine wichtige Energiequelle, sondern sie dient sowohl der Versorgungssicherheit als auch dem Klimaschutz. Wenn wir uns zu abhängig machen von einer Energiequelle, etwa vom Gas, dann werden wir erleben, dass die Preise für diesen Energieträger in der Zukunft explodieren werden. Und das ist keinem Bürger zuzumuten.

DS-Magazin: Nun hat Deutschland bislang eine Beteiligung an der Erforschung der Reaktoren der vierten Generation abgelehnt. Gleichzeitig aber werden Steuergelder dafür eingesetzt, um europäische Programme auf diesem Gebiet zu finanzieren. Grenzt das nicht an Doppelmoral?

Andreas Pinkwart: Absolut. Das ist die gleiche Doppelmoral, die wir bei der Stammzellenforschung an den Tag legen. Mit deutschen Steuergeldern wird die Stammzellenforschung mit neuesten Stammzelllinien in Europa finanziert – gleichwohl dürfen deutsche Wissenschaftler nicht an der Forschung teilnehmen. Zurück zur Kernenergie: In Deutschland sind Reaktoren am Netz, die sicherer sind als viele Anlagen an ande-

ren Standorten dieser Welt. Deshalb müssen wir unsere Kompetenz auf diesem Gebiet erweitern. Inzwischen sehe ich eine gewisse Bereitschaft im Bundesbildungsministerium, sich in dieser Frage zu öffnen.

DS-Magazin: Gleichwohl haben Sie der Bundesregierung Versagen in der Forschungspolitik insgesamt vorgeworfen. Das Wissenschaftssystem in Deutschland sei gefesselt „wie Gulliver am Boden“. Was wollen Sie mit dieser plakativen Formulierung zum Ausdruck bringen?

Andreas Pinkwart: Einerseits wird in Deutschland sehr viel Geld in die Hand genommen, um das Land wieder zu einem Forschungsstandort der Spitzenklasse zu



Mit Andreas Pinkwart sprachen Hans-Peter Murmann und Joachim Schäfer

machen. Leider müssen wir feststellen, dass diejenigen Institute, die mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, in bürokratischen Regelungen ertrinken. Sei es bei der Personalplanung, sei es im internationalen Wettbewerb um die Gewinnung der besten Köpfe. Auch bei den Baugenehmigungsverfahren sind wir im internationalen Vergleich in keiner Weise mehr wettbewerbsfähig, weil wir zu viele Mitentscheidungsinstanzen innerhalb der Bundesregierung haben. Bei der Budgetbereitstellung ist immer noch das rein kameralistische Denken vorherrschend und über Input-Vorgaben werden Personal, Planung und Sachmittel bis ins Detail von Politik und Bürokratie vorgegeben, statt klare Ziele zu formulieren. Leider musste Frau Schavan, ihr angekündigtes Wissenschaftsfreiheitsgesetz nach Verhandlungen mit der SPD wieder zurücknehmen. Die jetzt vorgestellten Eckpunkte bleiben

weit hinter der eigentlichen Ankündigung Schavans zurück, sodass wir heute höchstens von einer kosmetischen Operation sprechen können, nicht aber von der Befreiung des Gullivers, der am Boden liegt.

DS-Magazin: In NRW werden seit 2007 Hochschulgebühren erhoben. Die Obergrenze liegt bei 500 Euro pro Semester. Ist diese Summe ausreichend, um den von Ihnen geforderten Mentalitätswechsel bei den Studenten herbeizuführen?

Andreas Pinkwart: In Nordrhein-Westfalen kostet ein Studienplatz pro Student und Jahr rund 9 000 Euro. Wenn sich der Student mit 1 000 Euro an diesen Kosten beteiligt, dann erreichen wir zweierlei:

Zum einen können wir an den Hochschulen mit den zusätzlichen neuen Mitteln die Qualität der Lehre verbessern. Zum anderen führen wir den von Ihnen angesprochenen Mentalitätswechsel bei den Studierenden herbei, weil diesen vor Augen geführt wird, dass Bildung ein besonderes Gut ist. Finanziert wird das Studium durch die Steuergelder derjenigen, die nicht die Universität besuchen also von der Krankenschwester und dem Handwerksmeister. Zudem haben wir die Studienbeiträge sozialverträglich gestaltet. Der Student kann ein spezielles Darlehen aufnehmen, das er erst nach erfolgreichem Abschluss und Berufseinstieg zurückzahlen muss.

DS-Magazin: Gibt es in NRW eine nennenswerte Abwanderung von Studierenden in die Länder ohne Gebühren?

Andreas Pinkwart: Es gibt keine Abwanderung. Im Gegenteil: Wir sind ein Zuwanderungsland und bilden über unseren Bedarf hinaus aus – trotz der Einführung von Studienbeiträgen. Die Zahl der Studienanfänger in Nordrhein-Westfalen ist stärker gewachsen als die Abgängerzahl von den Gymnasien und Gesamtschulen. Das belegt, dass die Studienbeiträge zu einer erheblichen Qualitätsverbesserung und einer besseren Planbarkeit des Studiums führen. Von einer Verkürzung der Studiendauer einmal ganz abgesehen. ■